

Aller guten Dinge...



...sind drei?

Im dritten Anlauf hat es nun also geklappt. Schlanke 152 Tage nach der 28. Nationalratswahl steht das erste Dreierbündnis im Bund. Wir wollen einen Blick hinter die Kulissen – oder genauer gesagt in das Regierungsprogramm – werfen. Hat sich das geduldige Warten gelohnt? Was ist aus den Wahlversprechen der Parteien geworden? Ist die neue Koalition bereit für die wirtschafts- und geopolitischen Herausforderungen unserer Zeit? Oder geht es nur „weiter wie bisher“?

Überblick

„Jetzt das Richtige tun. Für Österreich“, so lautet der vielversprechende Titel des von vielen Bürgern wochenlang ersehnten Regierungsprogramms. Betont werden der Konsens und der Pragmatismus, auf dem die Einigung basiere. So kann man es natürlich auch nennen. Auf den 210 Seiten des Regierungsprogramms werden Ausgabenwünsche ausgebreitet, die völlig abseits der budgetären Spielräume liegen. Finanzieren sollen das im Hochsteuerland Österreich wieder einmal die Bürger über noch höhere Abgaben. Das Regierungsprogramm ignoriert über weite Strecken die Realität. Statt die Bürger mit Reformen zu überzeugen, gilt der alte Trott. „Keiner bewegt sich! Für Österreich“, wäre wohl der inhaltlich treffendere Titel gewesen. Das zeigt sich auch daran, dass man sich auf Neuwahlen verständigt hat, sobald auch nur eine der Fraktionen inhaltlich vom Plan abweichen sollte.

Damit wird das Programm den aktuellen Herausforderungen leider nicht gerecht. Etwas Licht, mehr Schatten und dazwischen viel, viel Graubereich. Statt Abtausch und Kompromiss hätte es mehr Mut für eine grundlegende Erneuerung des Landes gebraucht.

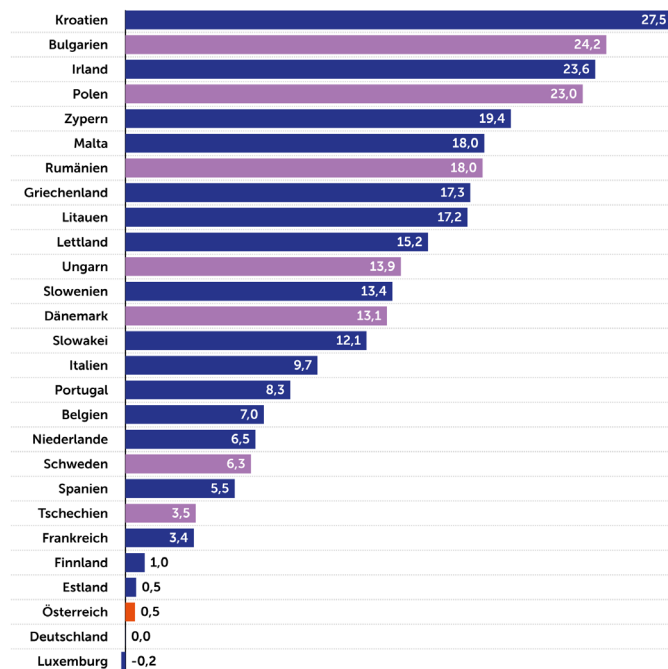
Wachstum

Mit einer brummenden Wirtschaft im Rücken ließe sich ein Land natürlich leichter regieren. Steigt die Wertschöpfung im Land, steigen auch die Löhne, während die Arbeitslosigkeit sinkt und die Staatseinnahmen sprudeln. Will die kommende Regierung gestalten, wird sie nicht darum herumkommen, standortpolitische Schritte zu setzen, damit die kommenden fünf Jahre besser werden als die vergangenen.

Abb. 1: Von Aufschwung keine Spur

Auf der Suche nach Wachstum

– Veränderung des realen BIP pro Kopf, 2019 bis 2026 in Prozent



Quelle: Agenda Austria, EU Kommission.
Anmerkung: Prognose der EU Kommission ab 2024 (Autumn forecast 2024).
Veränderung des realen BIP in Landeswährungen. Länder in lila sind keine Mitglieder der Eurozone, daher kann es zu Wechselkurschwankungen kommen.



Was ist gut?

— **Senkung der Lohnnebenkosten:** Die neue Regierung hat erkannt, dass die stark gestiegenen Arbeitskosten in Österreich bei weitgehend ausbleibenden Produktivitätsfortschritten zu einem Problem geworden sind. Mitte der Regierungsperiode sollen die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Aber nur, **sofern es das Budget zulässt.** Eine Abschaffung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) hätte die Arbeitskosten um 2,9 Prozent gesenkt. Ein Teil der Maßnahme würde auch an die Arbeitnehmer gehen und so zu höheren Nettoeinkommen führen. Sie wird aber nur spät oder gar nicht umgesetzt werden. Der budgetäre Spielraum schafft sich nämlich nicht von selbst, diese Aufgabe nimmt der neuen Regierung niemand ab. Die vollständige Abschaffung des FLAF reduziert die Einnahmen des Staates um rund 5,7 Milliarden Euro. Einen unselbständig Beschäftigten würde die Streichung des FLAF durchschnittlich mit 1.446 Euro pro Jahr entlasten.

— Es soll ein **Dachfonds** geschaffen werden, der Start-ups, Scale-ups und Spin-offs mit internationalem Risikokapital versorgen soll. Das ist ein sehr sinn-

voller Vorschlag. Aber auch hier wird es auf die Umsetzung ankommen. In diesem Zusammenhang ist auch das Bekenntnis zur europäischen Kapitalmarktunion zu begrüßen. Seit Jahrzehnten liegen die Rezepte für die Etablierung eines gemeinsamen europäischen Kapitalmarkts auf dem Tisch. Leider wird das Vorhaben in vielen Hauptstädten verschleppt. Wien sollte nicht länger dazugehören.

Was fehlt?

— **Anreize für die Vollzeit:** Der allgegenwärtige Teilzeittrend verschärft den Arbeitskräftemangel, der durch den demografischen Wandel ohnehin schon besteht. Wir arbeiten pro Jahr nur noch etwas mehr als 1.500 Stunden; weniger als im EU-Schnitt. Wenn wir unsere Potenziale nicht besser nutzen, dann ist es kein Wunder, dass das Wachstum ausbleibt.

— **Wachstumsimpulse:** Im Wahlkampf wollte die ÖVP noch aus den Finanzproblemen der Republik herauswachsen. Das ist zwar nicht so einfach, aber Wachstum wäre natürlich hilfreich. Die Details zum geplanten Konjunkturprogramm des künftigen Wirtschaftsministers Wolfgang Hattmannsdorfer sind allerdings extrem dünn. Auch unter der Überschrift „Standortturbo“ findet sich wenig Verwertbares. Dass nun an einer „klaren Standortvision“ gearbeitet werden soll, ist ein schwacher Trost. Was auch immer eine „rot-weiß-rote industriepolitische Doktrin“ sein soll, fragen wir lieber gar nicht erst. Der Eindruck bleibt: Die Regierung hat keinen Plan.

— **Klarer Weg zum Bürokratieabbau:** Die Rezepte für Bürokratieabbau sind allgemein bekannt und wurden interessanterweise unter Türkis-Blau schon einmal in Gesetzesform gegossen. Das Deregulierungsgrundsatzgesetz enthielt gute Punkte: „One in, one out“, Sunset Clauses, Verbot von Goldplating und so weiter. Doch ausgerechnet dieses Gesetz ist ausgelaufen! Besonders die ÖVP sollte sich noch einmal daran erinnern: Bürokratieabbau und Deregulierung brauchen keine neuen Ministerien oder Staatssekretäre. Sie brauchen eine klare gesetzliche Grundlage und einen echten Reformwillen.

Was ist schlecht?

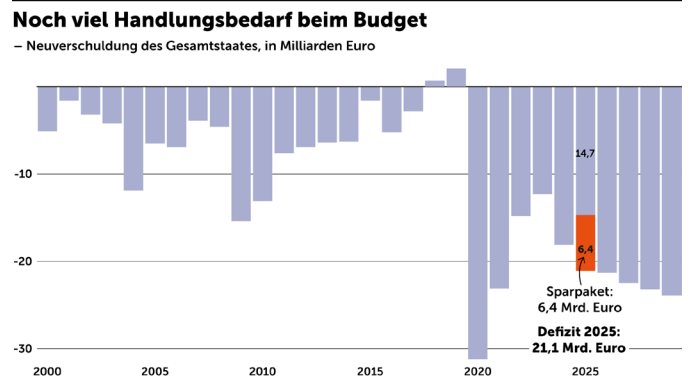
— **Eingriffe in die Preise:** Eine einzusetzende Expertengruppe soll angeblich die Energiepreise senken, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Solange diese Expertengruppe nicht aus Zauberern besteht, wird dieses Projekt scheitern.

Man kann die Industrie nicht langfristig in dieser Größenordnung subventionieren. Der einzige Weg zu niedrigeren Energiepreisen führt über mehr Wettbewerb und leistungsfähige Netze.

Budget

Wesentlich verzögert wurde die Regierungsbildung durch die mühsamen Budgetdiskussionen. Waren sich im Vorwahlkampf noch alle Experten einig, dass die überschießenden Staatsausgaben ursächlich für den massiven Anstieg des Defizits sind, kursierten bei den Konsolidierungsvorhaben aber rasch wieder Pläne, die Einnahmen zu erhöhen. Auch wenn es niemand mehr hören kann: Österreich hat ein Ausgaben problem, kein Einnahmenproblem.

Abb. 2: Prognosen der gesamtstaatlichen Neuverschuldung



Quelle: Agenda Austria, BMF, EU Kommission, WIFO Prognose 1/2025.



Was ist gut?

— **Konsolidierung mit Ausgabenschwerpunkt:** Die Regierung bemüht sich, die hohen Defizite vor allem auf der Ausgabenseite zu beheben. Dafür liegt der Fokus primär auf den **Unternehmensförderungen**. Durch Evaluierung, Gegenrechnung von Landesförderungen und verbesserte Treffsicherheit soll hier die Effizienz erhöht werden. Auf diese Weise sollen bereits im Jahr 2025 rund drei Milliarden Euro eingespart werden. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen die Einsparungen auf einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag steigen. Hier ist auffallend viel Konjunktiv im Einsatz – ob diese Summen realisiert werden können, lässt sich anhand der bisherigen Informationen nicht bewerten. In Summe will die Regierung den Haushalt unter einem roten Finanz-

minister zu rund **drei Vierteln ausgabenseitig sanieren**. Wir halten dagegen: So kann das nicht gelingen.

— **Sparen in den Ministerien:** Unterstützt werden soll dies durch die Kettensäge in der Verwaltung. Wie bereits im Konsolidierungspaket zwischen FPÖ und ÖVP sollen so jährlich einstellige Milliardensummen gegenüber dem Referenzpfad aus mittelfristigen Budgetplan eingespart werden. Die Zahl der Mitglieder der neuen Regierung ist dafür kein guter Start: 14 Minister und sieben Staatssekretäre sind geplant. Die Regierung, die den schlanken Staat predigt, präsentiert der Bevölkerung die dickste Regierung der vergangenen Jahre.

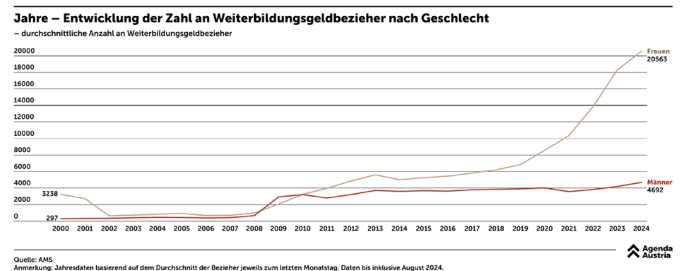
— **Pensionen und Soziales:** Weitere Einsparungen erhofft sich das Dreierbündnis von Änderungen im Pensionsbereich (höhere Beschäftigung im Alter und erschwerter Zugang zur Korridor pension) sowie bei der Sozialhilfe für Zuwanderer. Die Anpassungen der Sozialleistungen sollen in den kommenden Jahren unterhalb der Inflation erfolgen. Zudem soll die geringfügige Beschäftigung deutlich eingeschränkt werden und somit die Auszahlungen des Staates reduzieren. In Summe soll dies einige Hundert Millionen im Jahr einsparen. Auch hier: auffallend viel Konjunktiv.

— **Gesundheit:** Im Gesundheitsbereich soll ebenfalls gespart werden. Hier soll die Kostendynamik durch effektivere Betreuung gebremst werden. Auch hier fehlen die Details für eine abschließende Einschätzung.

— **Reform der Bildungskarenz:** Dass die Bildungskarenz doch nicht abgeschafft, sondern nur reformiert und strenger an das ursprüngliche Ziel der Weiterbildung geknüpft werden soll, erschwert die Sanierung des Budgets. Geplant sind zukünftig Kosten in Höhe von rund 150 Millionen Euro im Jahr. Zumindest die Unternehmen und die Bildungsempfänger hätten stärker an den Kosten beteiligt werden können, um den Missbrauch weiter zu reduzieren. Inwiefern die reformierte Bildungskarenz den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht wird, bleibt abzuwarten – Zweifel sind aber angebracht. Dennoch ist eine umfassende Reform der Bildungskarenz überfällig. Nicht weil Bildung etwas Schlechtes wäre, sondern weil die Bildungskarenz längst als eine von der Allgemeinheit

bezahlte Auszeit für Besserverdiener missbraucht wird. Ein direkter Anschluss an die Elternkarenz soll künftig nicht mehr möglich sein; wie genau die „treffsichere Nachfolgeregelung ab 1.1.2026“ aussieht, bleibt aber offen.

Abb. 3: Entwicklung der Zahl der Bildungskarenzbezieher



— **Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten:** Wenngleich es sich hier ironischerweise um eine einnahmenseitige Maßnahme handelt, so ist die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten argumentierbar. Derzeit zahlen Arbeitnehmer (inklusive Arbeitgeberbeiträge) 7,65 Prozent ihres Bruttolohns an Krankenversicherungsbeiträgen, für Pensionisten liegt der Satz mit 5,1 Prozent deutlich darunter. Dieser Schritt wird aber durch Erleichterungen bei der Rezeptgebühr und der Arzneimittelobergrenze konterkariert. Die höheren Krankenversicherungsbeiträge der Pensionisten werden die Einnahmen der Sozialversicherung um netto 340 Millionen Euro im Jahr steigern. Für die Pensionisten liegt die Belastung durch die höheren Beiträge unterhalb der außertourlichen Pensionserhöhungen der vergangenen Jahre.

— **Steuerfreie Mitarbeiterprämie:** Arbeitgeber können ihre Mitarbeiter für ihren Einsatz zukünftig (zumindest 2025 und 2026) wieder belohnen, ohne dass der Hochsteuerstaat mitschneidet. Die Größenordnung ist allerdings höchst bescheiden: Pro Jahr sollen 1.000 Euro steuerfrei ausgezahlt werden können.

— **Steuersenkungen:** Im Regierungsprogramm finden sich eine Reihe von kleineren Steuererleichterungen. So sollen die **Basispauschalierung**, der **Gewinnfreibetrag** und die **Freibeträge für sonstige Bezüge** (13. und 14. Monatsgehalt) angehoben werden. Gerade im Hinblick darauf, dass diese Beträge im Zuge der Abschaffung der kalten Progression nicht angepasst wurden, ist das ein nachvollziehbarer Schritt. Steuersenkungen sind grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist diese Steuersenkung eine Petitesse, nicht

zuletzt aufgrund der zahlreichen Steuererhöhungen, die kommen werden.

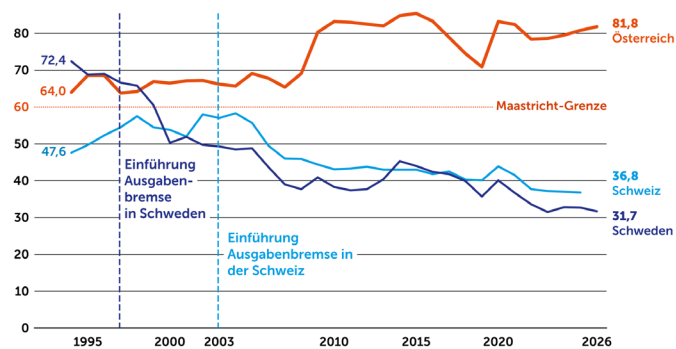
Was fehlt?

Die Einführung einer **Ausgabenbremse**, um auch den Finanzminister vor sich selbst und vor seinen Ministerkollegen zu schützen, fehlt abermals. Länder wie die Schweiz oder Schweden zeigen, dass gerade in Zeiten hoher Defizite eine gute Fiskalregel den Haushalt auf Dauer wieder auf Kurs bringen kann. Ohne strukturelle Reformen wird das Defizit in den kommenden Jahrzehnten weiter kräftig steigen. Die vielen kleinen Maßnahmen helfen maximal kurzfristig. Die konstante Übernutzung öffentlicher Budgets wurde noch nie durch gutes Zureden beendet. Es braucht einen rechtlichen Mechanismus, der die Politik in ihrem Zugriff auf das Budget beschränkt. Eine bloße Schuldenbremse, wie sie die Deutschen haben, reicht nicht.

Abb. 4: Entwicklung der öffentlichen Verschuldungsquoten

Warum Österreich jetzt eine Ausgabenbremse braucht

– öffentliche Verschuldung, in Prozent des BIP



Quelle: Agenda Austria, EU Kommission, OECD.
Anmerkung: Ab 2024 Prognosen.



— **Steuersenkungen sind nicht in Sicht:** Besonders für die Menschen im Land, die noch bereit sind, ihre volle Arbeitsleistung einzubringen, ist dies eine Enttäuschung. In kaum einem anderen Land der Welt nimmt der Staat ihnen mehr von ihrer Arbeitsleistung ab. Ob wir dafür auch tatsächlich die besten Leistungen bekommen, darf bezweifelt werden.

— **Fehlende Strukturreformen:** Es ist sehr löblich, dass die Parteien viele kleine Einsparungsposten angehen wollen. Ohne die strukturellen Ausgabenstreiber zu adressieren, bleibt das Vorhaben aber zu unambitioniert. So wird auch die kommende Regierung weiter fleißig neue Schulden machen. Dass deutlich mehr möglich gewesen wäre, zeigt die folgende Übersicht:

— **Föderalismusreform:** Eines der großen strukturellen Probleme ist, wie der Staat generell mit dem Geld seiner Bürger umgeht. Eine Föderalismusreform hätte die Effizienz deutlich erhöhen und die Verschwendung senken können. Denn nicht nur der Bund gibt das Geld nicht immer im besten Interesse der Bürger aus, sondern auch die Länder und Gemeinden. Allerdings gibt ihnen das System auch allen Grund dazu, so viel Geld wie möglich (und nicht bestmöglich) auszugeben, denn der Bund wird das Geld schon bereitstellen. Staaten wie die Schweiz oder Schweden zeigen, dass ein höherer Grad an Fiskalautonomie, also ein höherer Anteil an lokalen Steuern, dem Staatshaushalt guttut und gleichzeitig eine effiziente und gute Verwaltung fördert.

— **Große Pensionsreform:** Wenn es um Einsparungen beim Staatshaushalt geht, dann kommt schnell der Vorwurf, man wolle bei Bildung, Straßen, Sicherheit oder Ähnlichem sparen. Das meiste Geld gibt der Bund jedoch für etwas aus, das auch im Wahlkampf von den meisten Parteien totgeschwiegen wurde: für das Stopfen des Pensionslochs in Höhe von mittlerweile 32 Milliarden Euro pro Jahr – Tendenz steigend. Wohlgermerkt: Hier geht es um den Betrag, der nach Auszahlung aller Altersbezüge fehlt, um den Pensionsversprechen des Staates nachzukommen. Hier wäre die große Chance der NEOS gewesen, tatsächlich etwas zu bewegen. Aber eine Anpassung des gesetzlichen Eintrittsalters an die Lebenserwartung fehlt genauso wie eine Stärkung der betrieblichen oder privaten Vorsorge. Chance vertan.

Was ist schlecht?

Ein Ausgabenproblem über neue Einnahmen lösen zu wollen, wirkt ja schon etwas originell. Der neuen Regierung ist aber offenbar ein Kniff gelungen, nicht nur die Glaubwürdigkeit von temporären Steuern einmal mehr zu untergraben, indem sie den Spitzensteuersatz und die Energieabgabe verlängert. Sie hat auch gezeigt, dass eine einmal eingeführte Sonderabgabe im Handumdrehen auch auf andere Sektoren überschwappen kann. Das Signal, das der Standort Österreich an Investoren aus aller Welt aussendet, ist: Willst du investieren, schau dich lieber woanders um. Und investierst du doch in Österreich, sei besser nicht zu erfolgreich, das ruft nur den Staat auf den Plan, der hohe Gewinne mit Sondersteuern abschöpft.

— **Verlängerung von temporären Maßnahmen:** Vorübergehende Steuern sind in Österreich ein Run-

ning Gag der Politik. Einmal eingeführt, bleiben sie für immer. Aktuellste Beispiele sind die Verlängerung der Energieabgabe, mit der weiterhin 200 Millionen Euro eingenommen werden wollen – von den Landesfürsten (die Eigentümer der Energieanbieter) hin zum Finanzminister in Wien. Auch der Spitzensteuersatz soll abermals verlängert werden. Der spielt zwar kaum Geld ein, klingt aber nach viel sozialer Gerechtigkeit.

— **Höhere Steuern:** Der Wahlkampf ist vorbei. Die SPÖ hat sich erfolgreich mit ihren Forderungen durchgesetzt. Die **Bankenabgabe** soll 2025 und 2026 jeweils 500 Millionen Euro pro Jahr bringen. Anschließend soll sie auf 200 Millionen (und damit um 50 Millionen höher als bisher) gesenkt werden. Hinzu kommt noch eine Widmungsabgabe im Zuge der Immobiliensteuer. **Stiftungen** wurden schon in der Vergangenheit immer wieder steuerlich stärker zur Kasse gebeten. Nun ist es wieder so weit. Dass Stiftungen durchaus wirtschaftlich und gesellschaftlich positive Wirkungen in Österreich entfalten, ist offenbar nicht so wichtig wie die ideologische Ausrichtung der Politik. Erhöht werden sollen auch die Einnahmen aus der **Digitalsteuer**. Nachgesteuert wird auch bei der **Grunderwerbsteuer** und bei Luxusimmobilien (Abschaffung des Vorsteuerabzugs).

— **Kalte Progression:** Nicht einmal drei Jahre hat die Abschaffung der kalten Progression gehalten und da wird sie auch schon wieder teilweise kassiert. Zumindest das diskretionäre Drittel soll künftig nicht an die Bürger retourniert werden. Damit besteuert der Fiskus in Zukunft wieder die Inflationsanpassung der Gehälter. Die Bürger verlieren damit rund 350 Millionen Euro an Kaufkraft im kommenden Jahr.

— **Personalkosten:** Einige Parteien, die nun die Regierung bilden, wollten sich im Vorfeld der Wahl noch für schlankere Strukturen und effizientere Mittelverwendung einsetzen. Mit einer rekordverdächtigen Zahl von sieben Staatssekretären wurde dieses sinnvolle Anliegen gleich zu Beginn den Personalinteressen der Parteien geopfert. Die österreichische Ampelregierung wird wohl die „TeuRaZ“ (teuerste Regierung aller Zeiten).

Bildung

Österreich gibt bereits jetzt viel Geld für Bildung aus, die Ergebnisse sind aber bestenfalls mittelmäßig.

Schüler mit Migrationshintergrund oder aus schwierigen familiären Verhältnissen fallen oft weit zurück. Keine Frage: In die Ausbildung der Jüngsten sind die Mittel zukunftssicher investiert; ein innovatives Industrieland braucht aber ein effizient funktionierendes Bildungssystem, nicht ein möglichst teures.

Was ist gut?

— **Sozialindizierter Chancenbonus:** Auf Basis der Erfahrungen mit dem Projekt „100 Schulen – 1000 Chancen“ soll endlich ein System zur effizienten Zuteilung von Ressourcen an die Schulen gemäß einem Chancenindex verwirklicht werden. Schulen mit einem höheren Bedarf sollen mehr Geld bekommen. Einheitliche Evaluierungskriterien müssten die Effizienz der Mittelverwendung und die Fortschritte der Schüler regelmäßig aufzeigen und auch Maßnahmen zur Verbesserung veranlassen. Dass die Ergebnisse transparent kommuniziert werden, wurde dabei noch nicht klargemacht.

— **Zweites Kindergartenjahr:** Auch ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr soll kommen. Nicht nur in Hinblick auf ein frühes Erkennen von sprachlichen, sondern auch sozialen Defiziten ist das begrüßenswert. Je früher die Kinder gezielt gefördert werden können, umso effizienter ist es für die spätere Entwicklung. Die Einhaltung müsste dementsprechend auch streng überprüft werden. In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, dass die kommende Regierung Eltern, die förderliche Maßnahmen für ihre Kinder bewusst verwehren, stärker in die Verantwortung ziehen will.

— **Sprachnachteile früh beseitigen:** Je früher Probleme angegangen werden, desto besser. Das gilt vor allem beim Ziel ausreichender Sprachkenntnisse aller Schüler – dem mitunter größten Problem im heimischen Bildungssektor. Statt das derzeit im Alter von sechs Jahren durchgeführte Testverfahren zu überarbeiten, sollte aber bereits im Rahmen der Eltern-Kind-Pass-Untersuchung eine Sprachstandfeststellung verpflichtend eingeführt werden. Positiv zu erwähnen ist der verpflichtende Besuch einer erweiterten Sommerschule für außerordentliche Schüler mit großem Förderbedarf.

— **Moderner Lehrplan:** Die Lehrpläne sollen an die Anforderungen der modernen Gesellschaft und Arbeitswelt angepasst werden. Moderner Unter-

richt sollte eine kritische Auseinandersetzung mit diversen Themen fördern und die Schüler befähigen, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese auch pointiert kundzutun. Gerade beim Einsatz moderner Technologien und künstlicher Intelligenz scheint viel geplant zu sein. Es bleibt aber offen, wie konkret die „KI-Offensive“ umgesetzt werden soll und wie genau man die Lehrer fit für den „Unterricht der Zukunft“ machen will.

— Die Einführung eines **digitalen Bildungspasses**, der die Bildungslaufbahn jedes Kindes kontinuierlich begleiten soll, ist geplant. Weiters soll eine verpflichtende Leistungsevaluierung zur Ausstellung der „mittleren Reife“ am Ende der Schulpflicht kommen. Um zielführende Anpassungen und dementsprechende Fortschritte zu erreichen, sollten die Ergebnisse auch transparent offengelegt werden müssen.

— **Fokus auf Elementarpädagogik:** Derzeit fließen die aufgewandten Mittel zu stark in die höheren Ausbildungsstufen und kommen nur mangelhaft im entscheidenden vor- und primarschulischen Bereich an. Gemäß dem Motto „Früh übt sich“ ist es gut, dass der budgetäre Fokus klar auf frühkindliche Bildung gelenkt werden soll. Wie das genau aussehen soll, bleibt die Regierung aber schuldig.

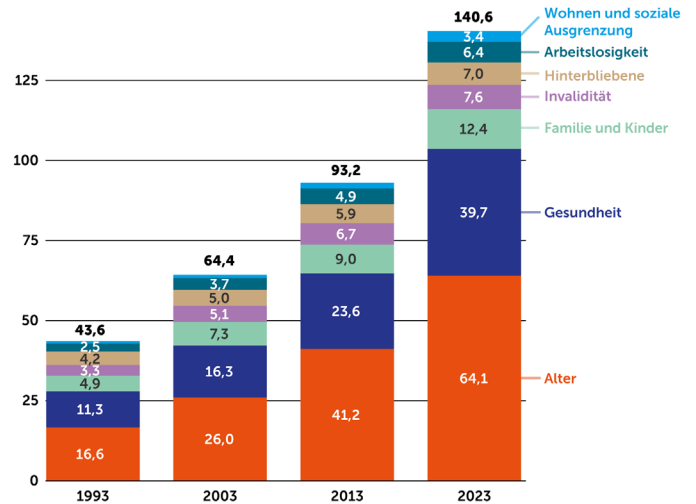
Soziales

Österreich ist ein wohlhabendes Land mit einem gut ausgebauten Sozialstaat. Mit der Coronapandemie ist der Sozialstaat (auch in Relation zur Wirtschaftsleistung) noch einmal kräftig gewachsen und nicht wieder auf das Vorkrisenniveau gesunken. Das System gerät immer mehr aus dem Gleichgewicht. Lediglich ein kleiner Teil der Haushalte in Österreich trägt mehr zur Finanzierung des Staates bei, als er von ihm konsumiert. Das hat nur mehr wenig mit Krisen oder der tatsächlichen Bedürftigkeit zu tun, sondern ist Ausdruck der Fördermentalität und Einstellung zur Eigenverantwortung im Land. Frühpensionierungen, Teilzeittrend oder Bildungskarenz für Urlaub sind das Ergebnis. Wer kommenden Generationen einen gut ausgebauten Sozialstaat hinterlassen will, muss ihn heute reformieren.

Abb. 5: Entwicklung der Sozialleistungsausgaben

So haben sich die Sozialausgaben entwickelt

– Entwicklung der Sozialleistungsausgaben nach Funktionen, in Milliarden Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.



Was ist gut?

— **Verschärfung der Korridorpension:** Geplant ist eine Verschärfung der Frühpensionierungsform mittels Korridorpension (Pensionsantritt mit 480 Versicherungsmonaten). Der gesetzliche Anspruch soll in zwei Schritten ab 2026 um ein Jahr auf 63 Jahre steigen. Zudem sollen die notwendigen Versicherungsjahre von derzeit 40 auf 42 steigen, um zugangsberechtigt zu werden. Hier hätte man sich zumindest von den NEOS erwarten dürfen, auf Beitragsjahren statt der Versicherungsjahre zu bestehen.

— Die Altersteilzeit soll reformiert und um eine **Teilpension** ergänzt werden. Die Teilpension kombiniert die Reduktion der Arbeitszeit mit einem Teil des Pensionsanspruchs. Hierbei wird ein Teil des Pensionskontos geschlossen, um den Einkommensausfall durch die Stundenreduktion auszugleichen. Die Altersteilzeit wird in das Teilpensionssystem integriert, was bedeutet, dass sie nur so lange in Anspruch genommen werden kann, bis eine Teilpension möglich ist oder ein Pensionsanspruch besteht.

— **Zweckwidmung der Wohnbauförderung:** Bereits seit langem besitzt die Politik ein Werkzeug, um Anreize zu setzen, dass zusätzlicher Wohnraum entsteht. Diese Wohnbauförderung wird über die Lohnnebenkosten finanziert und an die Bundesländer über-

wiesen. Doch statt damit tatsächlich die Wohnsituation der Menschen zu verbessern, gaben die Länder in der Vergangenheit das Geld lieber für andere Dinge aus. Es ist zu begrüßen, dass – wenn diese Abgabe schon nicht abgeschafft wird – die Gelder zumindest dem Wohnungsmarkt zufließen müssen.

— Programm **„Integration ab Tag 1“**: Durch ein verpflichtendes Integrationsprogramm mit Sanktionen bei Nichterfüllung soll dem Entstehen von Parallelgesellschaften präventiv entgegen gewirkt werden. Gut ist, dass die reine Anwesenheit bei verpflichtenden Deutschkursen nicht mehr ausreichen soll, sondern Abschlussprüfungen und bei deren Nichtbestehen entsprechende Konsequenzen geplant sind. Die administrative Verantwortung soll beim Österreichischen Integrationsfonds unter enger Einbindung des Arbeitsmarktservice (AMS) liegen.

— **Sozialhilfe NEU**: Künftig soll kein Sozialhilfebezug mehr während der Integrationsphase („Aufstocken“) möglich sein. Voller Sozialhilfebezug soll erst nach **bis zu drei Jahren** möglich sein. Geplant sind zudem einheitliche Richtsätze für Bezieher. Diese wären eigentlich seit dem „Sozialhilfe-Grundsatzgesetz“ aus dem Jahr 2019 längst verpflichtend, es bleibt daher abzuwarten, inwiefern die bisher säumigen Bundesländer Wien und Tirol die Regelungen umsetzen.

Was fehlt?

— **Eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters**: Es ist zwar löblich, dass die Regierung kleinere Maßnahmen auch im Pensionsbereich setzen will. Ausreichend sind diese allerdings nicht. Von dem Irrglauben, man könnte das faktische Antrittsalter erhöhen, ohne beim gesetzlichen anzusetzen, sollte man sich endlich verabschieden. Was es neben der Abschaffung der Frühpensionierungsmöglichkeiten braucht, ist eine Anhebung des gesetzlichen Antrittsalters und eine Koppelung an die Lebenserwartung. Das würde bedeuten, dass jeder Jahrgang etwa um zwei Monate später in (Früh-)Pension gehen dürfte. Neben dem Staatshaushalt würde dies auch den Arbeitsmarkt massiv entlasten.

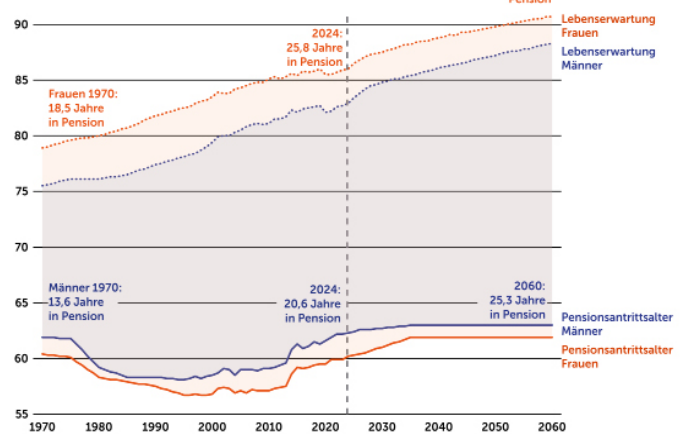
— **Konkrete Maßnahmen zur Stärkung der zweiten und dritten Säule des Pensionssystems**: Es wird zwar erwähnt, dass man die „Abfertigung neu“ evaluieren und verbessern will, von konkreten Vorschlägen fehlt aber jede Spur. Der voranschreitende

demografische Wandel macht strukturelle Reformen unumgänglich.

Abb. 6: Durchschnittliche Pensionsdauer

Fast dreißig Jahre in Pension

– Entwicklung des Pensionsantrittsalters und der Lebenserwartung von Männern und Frauen zwischen 1970 und 2060, in Jahren



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria, WIFO.

Anmerkung: Die Lebenserwartung wurde anhand der geschlechtsspezifischen fernerer Lebenserwartung bei Pensionsantritt berechnet. Datengrundlage hierfür bilden die Sterbetafeln der Statistik Austria.



Was ist schlecht?

— **Mietendeckel**: Auch nach dem Abflauen der Inflation hat es sich die SPÖ offenbar nicht nehmen lassen, in die Mietpreise einzugreifen. So sollen die Mieten zumindest über drei Jahre hinweg (Vorsicht vor temporären Maßnahmen!) nur sehr begrenzt angepasst werden dürfen. Heuer gar nicht, 2026 um ein Prozent, 2027 um zwei Prozent. Danach soll ein neuer Index erfunden werden, der den Verbraucherpreisindex, der bisher für die Indexierung herangezogen wurde, ersetzt. Dass derartige Preiseingriffe nicht die gehoffte Wirkung bringen, zeigen nicht nur wissenschaftliche Studien, sondern auch Praxisbeispiele auf der ganzen Welt. Berlin sollte Wien ein warnendes Beispiel sein: Das Angebot an Mietwohnungen sinkt, jenes an Eigentumswohnungen steigt. Sozial treffsicher ist die Maßnahme ebenfalls nicht. Es wird zu Ausweichreaktionen, beispielsweise mit der deutlichen Zunahme an Befristungen, kommen. Am Ende droht eine Interventionsspirale auf Kosten von leistbarem Wohnraum und Qualität.

Arbeitsmarkt

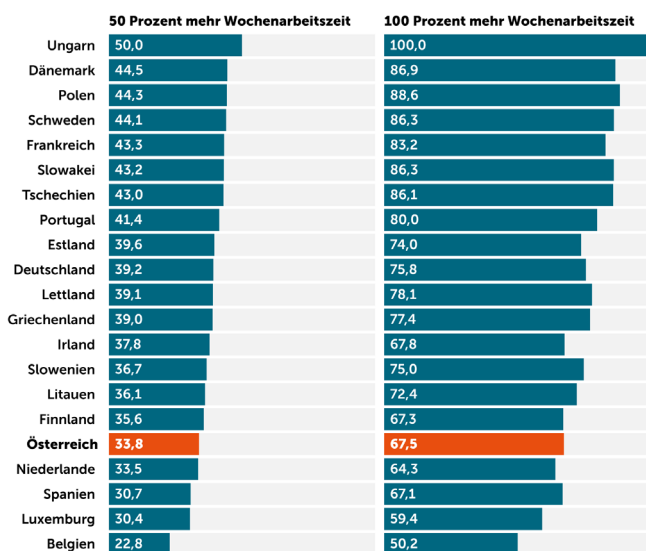
Am Arbeitsmarkt treffen unterschiedliche Welten aufeinander. Auf der einen Seite arbeiten gut ausgebildete Arbeitskräfte immer weniger. Wir können uns über ein Wohlstandsniveau freuen, das

diese Option ermöglicht. Aber auf der anderen Seite fehlen dem Land Tausende Arbeitskräfte. Wir verzichten damit auf Produktion, Wachstum und Wohlstand. Und Unentschlossenen gibt das Steuersystem den notwendigen Anreiz, die Aktivität zurückzufahren. In kaum einem Land ist es attraktiver, von Vollzeit in Teilzeit zu wechseln. Hinzu kommen Menschen, die keine passende Arbeit finden, weil ihnen die Kompetenzen fehlen oder sie zumindest nicht dort gesucht werden, wo sie sesshaft sind.

Abb. 7: Nettoeinkommenszuwächse durch Mehrarbeit

Macht es Sinn mehr zu arbeiten?

– Nettoeinkommenszuwachs durch Ausweitung der Arbeitszeit aus der Teilzeit, in Prozent



Quelle: Agenda Austria, OECD.
 Anmerkung: Steuerbelastung für das Jahr 2023. Unter der Annahme des Stundenverdienstes eines durchschnittlichen, ganzjährig vollzeitbeschäftigten Single ohne Kind. Für Teilzeitbeschäftigung wird ein Arbeitsausmaß von 50 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung angenommen. Ohne Berücksichtigung der Versicherungspflicht in einigen Ländern.
 Lesebeispiel: Wenn eine Person die Wochenarbeitszeit um 50 Prozent ausweitet (30 statt 20 Stunden), steigt der Nettolohn in Österreich nur um 33,8 Prozent. Im schwedischen System beläuft sich der Effekt auf 44,1 Prozent.



Was ist gut?

— Die **steuerliche Entlastung von Überstunden:** Wie bei vielen Aspekten lässt sich feststellen, dass die Absicht, Leistungsträger zu entlasten, der richtige Ansatz ist. Allerdings ist es wieder einmal nicht die beste Lösung hierfür. Die Abgabenbelastung auf Arbeit ist in Österreich zu hoch. Aber es ist nicht sinnvoll, ausschließlich Überstunden weiter zu begünstigen. Vielmehr wäre es dringend erforderlich, die hohe steuerliche Belastung der Arbeit generell zu senken.

— **Beschäftigungsbonus in der Alterspension:** Viel Luft nach oben gibt es auch bei der Arbeitsmarkt-beteiligung älterer Menschen. Insbesondere jene,

die bereit sind, über das Pensionsantrittsalter hinaus weiterzuarbeiten, sollen stärker profitieren. Durch die Einführung eines attraktiven „Arbeiten im Alter“-Modells soll ab 2026 das Zuverdiensteinkommen der Arbeitnehmer mit 25 Prozent endbesteuert werden. Sozialversicherungsbeiträge für die Dienstnehmer sollen entfallen. Die Dienstgeber entrichten den halben Beitrag zur PV und KV, die restlichen Lohnnebenkosten bleiben gleich. Schlecht ist, dass weiterhin Pensionsversicherungsbeiträge gezahlt werden sollen.

— **Einschränkung der Geringfügigkeit:** Eine Vollzeitbeschäftigung bedeutet in vielen Fällen nur leichte Einkommenszuwächse gegenüber der Kombination aus Arbeitslosengeld und geringfügigem Zuverdienst. Das vermeintliche Sprungbrett von 551,10 Euro an steuerfreiem monatlichen Zuverdienst wird allerdings häufig zur Sackgasse, aus der Arbeitslose nicht mehr herausfinden. Statt die Geringfügigkeit endlich abzuschaffen, will man diese einschränken. Das ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Was fehlt?

— Ein Anreiz für **Vollzeitarbeit.** Obwohl sich zwei Drittel der Koalitionspartner für eine solche Maßnahme im Wahlkampf ausgesprochen haben, erschöpft sich diese im Regierungsprogramm in inhaltlosen Stehsätzen. Durch eine Umgestaltung des Steuersystems mittels einer zweistufigen Flat Tax könnte Arbeit – insbesondere Vollzeitarbeit – tatsächlich attraktiviert werden. Nach der Steuerfreigrenze, die aktuell bei 12.816 Euro brutto im Jahr liegt, würde dann ein Steuersatz von 17 Prozent bis zur Höchstbeitragsgrundlage (entspricht einer Steuerbemessungsgrundlage von 59.448 Euro brutto im Jahr) gelten. Das darüberliegende Einkommen würde mit 50 Prozent besteuert. Der steuerfreie Zuverdienst bis zur Geringfügigkeitsgrenze würde abgeschafft. Darauf hat die neue Regierung verzichtet.

— **Arbeitslosengeld reformieren:** Man hat sich lediglich darauf einigen können, dass eine Reform evaluiert werden sollte. Es ist davon auszugehen, dass dies gleichbedeutend mit einer Absage an eine Reform ist. Das Arbeitslosengeld von derzeit 55 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens ist im internationalen Vergleich zwar nicht hoch, kann aber praktisch unbegrenzt bezogen werden. Der Anreiz, schnellstmöglich wieder einen Job zu finden, ist demnach gering. Wie könnte es gehen? Eine Anhebung des Arbeitslosengelds auf 65

Prozent des letzten Nettobezugs in den ersten 17 Wochen, dann aber eine Absenkung auf zuerst 55 Prozent und nach 35 Wochen auf 45 Prozent könnte den Druck erhöhen. Nach zwei Jahren sollte das Arbeitslosengeld auslaufen, Betroffene würden nur noch Sozialhilfe beziehen.

Was ist schlecht?

— **Aktion 55 Plus** – ein Rückfall in den unerschütterlichen Staatsglauben. Statt Schritte zu setzen, um Menschen dabei zu helfen, einen wirtschaftlichen Mehrwert zu generieren, soll eine staatlich finanzierte Beschäftigungstherapie kommen.

— **Aufstockung der Kurzarbeit:** Die Kurzarbeit ist eine hervorragende Erfindung, um temporäre Krisen zu überbrücken. Sie ist das falsche Werkzeug in strukturellen Krisen. Anpassungen werden so verzögert. Staatlich wird hier die Inaktivität gefördert, während an anderer Stelle das Personal fehlt. Nun sollen die finanziellen Mittel für die Kurzarbeit weiter aufgestockt werden.

Klima und Energie

Die Grünen haben sich in den letzten Monaten intensiv dafür gefeiert, dass die CO2-Emissionen im Jahr 2023 um über sechs Prozent gesunken sind. Sie präsentieren das als Ausweis für ihre gelungene Klimapolitik. Doch die Energiekrise, die milden Winter und die scheinbar endlose Rezession haben natürlich eine viel größere Rolle gespielt als ein bisschen Reparaturbonus hier und ein bisschen kostenloses Klimaticket dort. Die kommende Regierung muss wegkommen vom Klein-Klein ihrer Vorgängerin und endlich das angehen, was liegengelassen ist.

Was ist gut?

— Der **Klimabonus wird abgeschafft:** Die Überkompensation der CO2-Steuer hat gezeigt, dass österreichische Regierungen für ein derart mächtiges Tool nicht reif genug sind. Zu verlockend ist die Möglichkeit, den Bürgern Geld direkt aufs Konto zu überweisen. Die CO2-Steuer geht nun ohnehin in ein europäisches Emissionszertifikatehandelssystem über; auch die soziale Kompensation der Mehrkosten für die Haushalte ist auf EU-Ebene mitgedacht. Das System aus CO2-Steuer und Klimabonus hat sich damit überlebt. Eine klimapolitische Auswirkung hat die Abschaffung

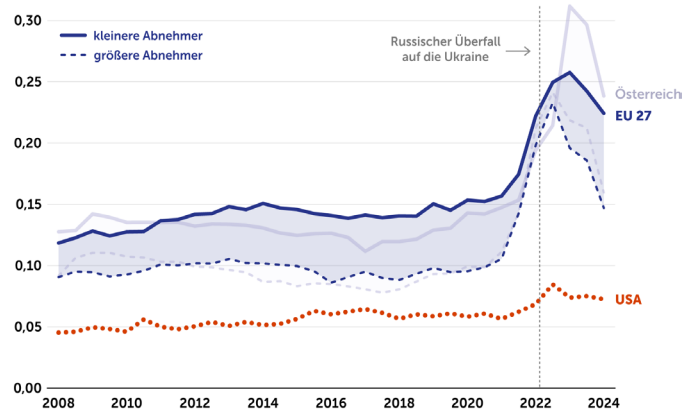
des Klimabonus ohnehin nicht. Für die Lenkungswirkung sorgt die CO2-Steuer, nicht der Klimabonus.

— **Netzausbau:** Die Erneuerbaren wurden in den vergangenen Jahren enorm zugebaut. Vor allem die hohen Energiepreise sorgten dafür; die fürstlichen Förderungen, z. B. für Photovoltaikanlagen, wurden auch gerne mitgenommen. Doch die Netze sind nicht bereit. Immer häufiger müssen die Erneuerbaren vom Netz, da die Kapazitäten nicht ausreichen. Die Folge sind hohe Energiepreise. Es fehlt vor allem an den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Novelle des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (EIWG) steht nun im Programm. Die Passage lässt aber nicht wirklich erkennen, dass man schon fünf Jahre an der Novelle gearbeitet hat.

Abb. 8: Industriestrompreise

Europäische Industrie zahlt zu viel für Strom

– Industriestrompreise, in Euro pro Kilowattstunde, Halbjahresdaten bis 1. Halbjahr 2024



Quelle: Eurostat, U.S. Energy Information Administration, OeNB, Agenda Austria. Anmerkung: Die Preise enthalten Gebühren und Steuern. Für Europa werden jeweils die Preise in den Verbrauchsgruppen IC (500 bis 1.999 MWh pro Jahr; durchgezogene Linie) und IF (70.000 bis 149.999 MWh pro Jahr; gestrichelte Linie) gezeigt.



Was fehlt?

Kein Wettbewerb: Es wird zwar über eine Stärkung des Wettbewerbs gesprochen. Die staatseigenen Landesversorger sind damit aber nicht gemeint. Die Liberalisierung des österreichischen Energiemarkts bleibt also auch weiterhin unvollendet.

Was ist schlecht?

— Kein erkennbarer **Paradigmenwechsel:** Es bleibt unklar, ob die kommende Bundesregierung die Zeichen der Zeit erkannt hat. Die Bepreisung der Emissionen liegt ab 2027 nahezu vollständig in den Händen der EU. Nationale Regierungen müssen nun nicht mehr den Emittenten nachstellen, sondern sie müssen zu Ermöglicern des Wandels werden. Der

beste Preisanreiz nützt nichts, wenn die Menschen nicht umsteigen können, weil sie keine öffentliche Ladeinfrastruktur für ihr Elektrofahrzeug vorfinden oder weil sie in ihrer Mietwohnung die Heizung nicht tauschen können. Das Regierungsproblem lässt von diesem Paradigmenwechsel wenig erkennen.

— **Keine Abkehr vom überbordenden Förderwesen:** Förderungen sollen zwar evaluiert werden und immerhin wird nun auch die Umsatzsteuerbefreiung für Photovoltaikanlagen abgeschafft. Doch so richtig konnte man sich offensichtlich nicht dazu entschließen, die vielen unkoordinierten und weitgehend sinnlosen Fördermaßnahmen der Vorgängerregierung anzugehen. Eine Evaluierung ist zu wenig. Außerdem soll die Abschaffung des Klimabonus schon wieder über den Pendlerabsetzbetrag teilkompensiert werden.

— **Eingriff in die Energiepreise:** Die oben schon angesprochene Expertengruppe, die die Strompreise senken und eine fiktive Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen soll, wird nicht nur Geld verbrennen, sondern auch nötige Anreizwirkungen zudecken.

Resümierender Blick auf die kommenden Jahre:

Die Hoffnung war groß, dass die langen Verhandlungen schlussendlich in ein Programm mit vielversprechenden Vorschlägen münden. Das Regierungsprogramm der Dreierkoalition lässt sich aber wohl eher durch „Viele Posten, wenig Veränderung“ zusammenfassen. Statt den Mut aufzubringen, echte Strukturreformen anzupacken, einigt man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner: Die SPÖ verzichtet großzügigerweise auf neue Steuern, im Gegenzug verschonen ÖVP und NEOS den aufgeblähten Staatsapparat vor längst überfälligen Einschnitten. Ein Deal, der den Parteien in die Karten spielt, aber dem Land nicht weiterhilft. Die neue Regierung hat den Ernst der Lage nicht erkannt. An großen und vor allem neuen Leuchtturmprojekten fehlt es allerdings weitestgehend. Vieles wurde schon vor fünf Jahren geplant, kam aber nie zur Durchsetzung.

Eine wissenschaftliche Publikation der Agenda Austria

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Dénes Kucsera

Mag. Hanno Lorenz

Dr. Jan Kluge

Carmen Tremml, Msc.

Begutachtung

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Pilar Stieber

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at